3.2.1.2.2. Modernisierung als Methapher einer totalen Entwicklung

3.2.1.2.2.1. Verstädterung

Bevor auf die Phase der Industrialisierung eingegangen wird, soll einleitend die Stadt-Land-Dichotomie der historischen Gesellschaftsstruktur rekapituliert werden. Denn gesellschaftliche Differenzierungen akkumulierten außerhalb der geschlossenen Dorfgesellschaften in den Städten.[238] Diese entstammten alle ursprünglichen Dorfansiedlungen (gewachsene Städte). Eine weitere Gemeinsamkeit der mittelalterlichen Städte Erkelenz, Gangelt, Geilenkirchen, Heinsberg, Randerath, Waldfeucht und Wassenberg war, daß sich jeweils in ihrem Kern eine Burganlage als Herrschaftssitz befand. Die heutigen Kleinstädte bildeten Kristallisationspunkte der damaligen gesellschaftlichen und politischen Macht. Hier war Herrschaftssitz und hier begann die Ausdifferenzierung sozialer Gefüge. Aufgrund des höheren Bedarfs an diversen beruflichen Fertigkeiten ließen sich Handwerker in den Städten nieder. Die Städte wurden zu Handwerkersiedlungen. Im Gegenzug wurde von der Herrschaft Schutz durch eine Ummauerung gewährt, ferner Marktrechte verliehen und den Bürgern der Stadt eine gewisse Selbstverwaltung zugestanden. Diese Funktion wurde durch Bürgermeister, Schöffen und den Rat wahrgenommen. Die Stadtummauerung hatte deshalb nicht nur „militärische, sondern auch symbolische Bedeutung: Damit betonten die Bürger den Gegensatz zum Land außerhalb, wo die feudalen Ver-

---

[238] "Die typisch vorindustrielle Stadt erfüllt eine Reihe von Funktionen, die eng mit dem Herrschaftssystem verbunden sind. Fast immer besitzt sie eine militärische Befestigung, bildet also eine Großburg, die zur Verteidigung fähig ist. Zu diesem Zweck werden spezielle Bauten errichtet, vor allem eine Stadtmauer.
Als Verwaltungszentrum bietet die Residenzstadt schließlich Beschäftigung für eine Vielzahl von Menschen. Vom Land fließen Nahrungsmittel und Rohstoffe aller Art in die Metropole, die dort weiterverarbeitet und schließlich konsumiert werden. Zur Versorgung des Herrschaftsapparats siedeln sich zahlreiche Dienstleistungsberufe an. ... Die vorindustrielle Stadt gehört untrennbar zu den agrarischen Zivilisationen und bildet ein wichtiges Element der Agri-Kulturlandschaft. Als Handels- und Gewerbezentrum scheint sie auf den ersten Blick das agrarische Prinzip zu transzendieren, doch bleibt sie letztlich unlösbar mit der landwirtschaftlichen Basis verbunden. Die Stadtbewohner können niemals mehr als 20 % der Gesamtbevölkerung ausmachen. Aus der bäuerlichen Perspektive ist die Stadt jedoch ein parasitärer Anhang, wo Überschüsse als Luxus konsumiert werden, die der Landbevölkerung zuvor als Rente abgepreßt worden sind." (Sieferle 1997, S. 109f.)

hältnisse vorläufig noch intakt waren.“ (van der Loo/van Reijen 1997, S. 52) Die traditionellen Städte definierten sich durch diese Ummauerung: „Die Stadt ... war früher eine ummauerte Insel der Zivilisation im Meer der Natur.“ (Häußermann/Seibel 1987, S. 7) Der umgebende Raum hatte lediglich eine versorgende, alimentierende Funktion: ländliches Gebiet war Kolonie. Dieses hierarchische Gefälle erzeugte eine zentripedale Sogwirkung. „Städte bilden sich von außen und ernähren sich von außen. Einwanderung ist eine Lebensbedingung der Stadt. ... Einwanderung, als Stadtwanderung, heißt von den Anfängen an, daß zuvor andere Siedlungsformen, das archaische Dorf, gesprengt wurden.“ (Hoffmann-Axthelm 1993, S. 36f.) Damit vollzog sich die Zersplitterung des Raums: „Das Gebäude emanzipierte sich von seiner Umgebung, und die Bauteile emanzipierten sich von dem Gebäude. Die naive Einheit der Tradition war zerbrochen.“ (Sieferle 1998, S. 162)

Insbesondere wanderten jene Bevölkerungsschichten in nahegelegene Städte, die nicht mehr oder nur noch teilweise in landwirtschaftliche Produktionszusammenhänge eingebunden waren. Aber „auch in den Städten lebten Tagelöhner und Bauern mit unterschiedlich großem Grundbesitz, die sogenannten Ackerbürger. Der Anteil der Gewerbetreibenden war hier höher als im Dorf. ... Die wohlhabenden Bürger der Städte waren überwiegend Kaufleute oder verbanden Handel mit Handwerk, oft auch mit Landwirtschaft.“ (Gillessen 1992, S. 115)

Im ländlichen Raum vollzog sich parallel dazu ein Prozeß der fortschreitenden Proletarisierung von Kleinbauern. Es konstituierte sich eine „neue gesellschaftlich relevante Unterschicht, die ... an der Wende zum 19. Jahrhundert ein Viertel der Gesamtbevölkerung umfaßte.“[239] (Gillessen 1986, S. 20) Das Absinken ehemals gesicherter Bevölkerungskreise und die damit sich einstellenden existentiellen Notlagen führten zu einem ‘Überdruck’ und damit zu Abwanderungen. Die lokalen Kleinstädte vermochten nicht alle freigesetzten Landbewohner aufzunehmen und zu integrieren. Deshalb boten sich als weitere

[239] Diese Angaben beziehen sich nicht auf das gesamte heutige Kreisgebiet, sondern nur auf einen Teilbereich, auf die Bank Dremmen.

Wanderungsziele zentralere Orte an, die eine stärkere ökonomische Entwicklung vollzogen. Erstmals wurden in größerem Maßstab Gebiete und Orte 'außerhalb' des engen Lebensraums attraktiv. Kleinräumliche Verwurzelungen lockerten auf. In diesem Zusammenhang weist Reulecke (1985) auf die benachbarte prosperierende Pionierregion Mönchengladbach hin, die seit der Gewerbereform um 1810 ihre expansiven Freiheiten zu nutzen wußte und im Bereich Textilgewerbe zahlreiche Manufakturen entstehen ließ. Die zuziehenden „pauperisierten Arbeitskräfte und die Überschußbevölkerung des Umlandes" (S. 28) sorgten für einen deutlichen Bevölkerungszuwachs in der Stadt. Die Menschen, die dem Ruf der Städte folgten und sich damit in „wirtschaftliche Abhängigkeit begaben, waren noch keine 'Arbeiter', das wurden sie erst in den Industriebetrieben. Vorher hatten sie zumeist auf dem Lande gelebt, als Tagelöhner oder als Handwerker. Sie gingen auf eigenen Entschluß in die Fabriken, weil sie dort mehr Geld bekamen und trotz harter Zwölfstundentage ihren Lebensunterhalt leichter verdienten als zuvor." (Ogger 1995, S. 234)[240]

Verbesserte Lebensbedingungen in der ländlichen Region (Fortschritte in der medizinischen Versorgung, eine effizientere Hygiene, Expansion landwirtschaftlicher Produktivität, u.a.) hatten ein starkes Anwachsen der Landbevölkerung zur Folge. Diese Entwicklung verstärkte umfassende Landfluchtbewegungen zu den Städten hin. „Wanderungen wurden durch Pull- und/oder Pusch-Impulse ausgelöst." (Reulecke 1985, S. 71) Mechanisierung und deren örtliche Manifestation wurden den 'Wagemutigen' zum Schicksal. „Das bedeutet, daß der dingliche Bereich eine wesentliche Rolle spielt; vor allem aber sind wichtig die Wechselbeziehungen zwischen Dingen und Bewußtsein, Empfinden und

---

[240] Ferdinand Tönnis (1887) beschreibt in seinem Buch „Gemeinschaft und Gesellschaft" aus zeitgenössischer Sicht den Übergang von der traditionellen zu einer modernen Gesellschaft als Entwicklung eines neuen Gesellschaftstyps. Während die alte Gemeinschaft sich auf Beziehungen gründet, fordert die Moderne eine Gesellschaft, die ihre Beziehungen versachlicht regelt. „Der Besitz und die Bearbeitung von Grund und Boden sowie das Bewußtsein, einem bestimmten Volk anzugehören, ist für Tönnis ein wesentliches Kriterium für die 'Gemeinschaft'. Die Vergangenheit, die Tradition spielt in ihr eine zentrale Rolle, und im allgemeinen ist die soziale wie die geographische Mobilität gering: Man wird innerhalb eines bestimmten Standes und an einem bestimmten Ort geboren und kann sich im allgemeinen nicht mehr daraus lösen. In der 'Gesellschaft' befindet man sich nicht seit Geburt, sondern man tritt ihr bei. Nicht die Tradition, sondern gerade die Zukunft ist allesbestimmend: Die 'Gesellschaft' ist denn auch ein Typ des ruhelosen Zusammenlebens." (van der Loo/Reijen 1998, S. 15)

Handeln, Denken und Umwelt, die Einwirkung der Dinge aufs Bewußtsein und die umweltprägende Kraft des Bewußtseins. Zu fragen ist, wie Bewußtsein dinglich in Erscheinung tritt, und wie Bedingtheiten Bewußtsein formen." (Glaser 1994, S. 7) In diesem Umbruch kann der Terminus der *Verstädterung* eingeführt werden. Gemeint ist ein qualitativer Prozeß, der primär dadurch zu charakterisieren ist, daß die Zielorte der Binnenwanderung in erster Linie vom Arbeitsplatzangebot in den urbanen Wachstumszentren bestimmt wurden. Der Kernbegriff dieser Zeiterscheinung ist der der *Mobilisierung* auf sozialer, politischer, technischer und ökonomischer Ebene. Zwei basale Voraussetzungen hatten diese Entwicklung vorbereitet. Zum einen waren rechtlich-politische Weichenstellungen erfolgt, die eine sozioökonomische Wende stimulierten. Als Stichworte sind zu nennen: Aufhebung der Feudalrechte (um 1798), Aufhebung des Zunftzwanges und Einführung der Gewerbefreiheit (um 1810), Gründung des deutschen Bundes (1815), das preußische Zollgesetz von 1818 und schließlich die Reichsgründung (1871). Zum anderen vollzogen sich gleichzeitig in großem Maße technische und ökonomische Reformen, die als *Industrielle Revolution* oder *Industrialisierung* die Epoche des 19. Jahrhunderts entscheidend mitprägten.[241] „Unter den Voraussetzungen der Industriegesellschaft erwies sich damals der Nationalstaat als das geeignete Instrument. Deshalb wurde der Nationalstaat zum politischen Leitbild in der klassischen Phase der Industriegesellschaft. In diesem Denken war für Regionen kein Raum." (Kruse 1990, S. 121f.)[242]

---

[241] „Als dieser Begriff (Industrielle Revolution, A.F.) in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aufkam, wurde er in bewußter Analogie zur Französischen Revolution gewählt: Ein Ancien Régime, in diesem Fall der 'Feudalismus' der Agrargesellschaft, wird von einer neuartigen Formation abgelöst, dem 'Kapitalismus', der auch 'Industriegesellschaft' genannt wurde. Die Heraufkunft einer neuen Gesellschaft schien evident, sie war von zwingendem Charakter und vollzog sich mit solch einer rasenden Beschleunigung, daß der Übergang zu ihr den Namen einer Revolution verdiente." (Sieferle 1997, S. 151)

[242] „Der Partikularität des bäuerlichen Archipels gegenüber repräsentierte die Nation die Mächte der Nivellierung und Homogenisierung. Es war aber ebendiese Nation, welche die unhintergehbare Besonderheit der heimatlichen Landschaft, die Symbiose von Volk und Raum beschwor und in ihren Bildern und Erzählungen zu fixieren bestrebt war." (S. 169)

3.2.1.2.2.2. Industrialisierung

Unter dem Phänomen der *Modernisierung* läßt sich ein Komplex miteinander zusammenhängender struktureller, psychischer und physischer Veränderungen subsumieren, der sich jedweder monokausalen Erklärung entzieht. Kiesewetter (1989, S. 15) bietet folgerichtig eine umfassende Definition an: „Industrielle Revolution oder Industrialisierung wird nicht eingeengt auf Erfindungen, technische Innovationen oder die kapitalintensive Fabrikproduktion, sondern umfaßt den durch agrarischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandel ausgelösten Umbruch ganzer Gesellschaften.“ Hoffmann-Axthelm (1993, S. 101) betont insbesondere den *Umbruch zur Moderne*: „Zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg umfaßt (das 19. Jahrhundert) einen Umbruch der Produktions- und Lebensverhältnisse, der erstmals in der Geschichte der Menschen alles und jeden erreichte, alle vorhandenen sozialen, zeitlichen und räumlichen Bedingungen aufbrach und in einen nicht endenden Prozeß der ständigen Neubewertung und Neuzusammensetzung hineinzwang. Das ist es, was man Moderne nennt: Übergang von der traditionellen Ordnung, wo die einzelnen ihren festen Platz in einem Fachwerk der Herrschaft hatten, das Ort, Funktion und Erscheinung zusammenband, zu einer Organisation entlang den ständig sich selbst überholenden Bedürfnissen der industriellen Arbeitsteilung, Übergang als Dauerzustand. Innerhalb der Umwälzungen der gesamten Verhältnisse hat es wenig Sinn, nach Ursache und Wirkung zu fahnden.“ Wenn hier der Bereich der *Industrialisierung* behandelt wird, richtet sich der Blick auf *einen* Aspekt des umfassenden Wandels. „Die Maschinenzeit war voller Widersprüche, Gegensätze, sozialer Probleme. Ihr Fortschrittsglaube war vielfach fatal, da er des Denkhorizonts entbehrte. Auf der anderen Seite zeigt aber gerade diese Zeit, was es heißt, Modernität erfahren und erleiden, gestalten und auch an ihr scheitern zu müssen.“ (Glaser 1994, S. 8)

Thematisch relevant sind generierende gesellschaftliche Ausprägungen im regionalen Stadt-Land-Kontext. Nicht nur phänomenologisch überwand die Stadt ihre traditionelle Ummauerung. Industrielle Sektoren benötigten Expansionsraum. Wachstum erfolgte in zentrifugalen Bewegungen - mittels Eingemeindungen - in das umgebende Land hinein.[243] Industrialisierung und Verstädterung als Entstehungsfaktoren der Modernisierung erfaßten ländliche Räume mehr oder minder unmittelbar. Das Entwicklungsspektrum reichte von aktiven Regionen bis hin zu ausgesprochenen „Nachzüglerregionen." (Reulecke 1985, S. 36)

Das Gebiet der damaligen Kreise Geilenkirchen, Heinsberg und Erkelenz wurde nicht gleichmäßig von den Umwälzungen des Fortschritts erfaßt, weder in räumlicher Hinsicht, noch unter quantitativen Gesichtspunkten. Die Landschaft - die wirkliche wie die geistig-seelische - wandelt sich in der Region. „Die Industrie unterwarf den Menschen einem neuen Lebensrhythmus, zwang ihm bisher unbekannte Formen der Arbeit auf, gab der Arbeit einen neuen Stellenwert. Gleichzeitig hob das neue Produktionssystem die Versorgung mit materiellen Gütern auf ein Niveau, wie es zuvor keiner Generation beschieden war. Das Maschinenzeitalter brachte völlig neue Produkte hervor und realisierte uralte Menschheitsträume. ... Die Wucht und die Geschwindigkeit der industriellen Revolution waren groß genug, das Denken der Menschen in neue Bahnen zu lenken. Eine ganze Generation begriff plötzlich, daß die Welt 'machbar' ist. 'Fortschritt' hieß ihr Glaubensbekenntnis, und Fabriken waren ihre Kathedralen." (Ogger 1995, S. 12)

---

[243] „So wie die Agri-Kulturlandschaft schon seit langem Städte kannte, die im Stadium der agrarischen Zivilisation zu ihren wichtigsten Merkmalen gehörten, so kamen jetzt eben noch Industriereviere hinzu. ... Dennoch wurde die Landwirtschaft und mit ihr der größere Teil der Kulturlandschaft erst relativ spät von der industriellen Transformation erfaßt. Es bildete sich im späten 19. Jahrhundert eine bemerkenswerte Dualität aus: Neben den neuen, wachsenden Industrierevieren gab es nach wie vor das 'flache Land', auf dem sich nicht allzu viel verändert hatte." (Sieferle 1997, S. 163f.)

3.2.2. Raumbild II: Industrielle Perspektive

„Die Industrialisierung unseres heimatlichen Raumes vollzog sich etwa in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts. Es zeigt sich hier, zeitlich etwas nachhinkend, die gleiche Entwicklung, die Deutschland in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts durchmachte. ... Gleichzeitig stieg die allgemeine Lebenshaltung, die noch bis zur Jahrhundertwende als durchweg ärmlich bezeichnet werden konnte. Auch die massenpsychologisch verständliche Erscheinung der Landflucht, die unserer Heimat Jahrzehnte hindurch zahlreiche Arbeitskräfte entzogen hatte, erlosch nun allmählich.“ (Bast 1952, S. 122) Die althergebrachte Sozial- und Wirtschaftsstruktur modifizierte sich. „Traditionelle Handwerkszweige verschwanden mit dem Aufkommen substitutiver Produkte und Werkstoffe aus der Gewerbelandschaft oder wandelten sich.“ (Ritzerfeld 1995, S. 130) Industrielle Produktionsstätten mit standardisierten Arbeitsabläufen dominierten bald auch regionale Wirtschaftsbereiche.

Eine Phase der Transformation der gewohnten Raumbilder war eingetreten. „Die Frage nach den Raumbildern ... gewinnt in den Übergangsperioden eine besondere Bedeutung. In diesen Zeiträumen werden alte Bilder zerstört und neue gewonnen. Es entstehen Überlagerungen, Anleihen und Widersprüche.“ (Ipsen 1997, S. 82)

Als Symbole der neuen Zeit sind zwei Großbetriebe als wichtige *Bausteine des neuen Raumbildes* hervorzuheben, die bis in die heutige Zeit hinein die wirtschaftliche Entwicklung der Region bestimmen. Einmal instituierte sich im September 1899 die „Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG“ mit einer Hauptproduktionsstätte in Oberbruch und zum anderen nahm 1914 die Zeche „Sophia-Jacoba“ in Hückelhoven die Kohleförderung auf. Beide Unternehmen sollen in ihrer Funktion als Manifestationen der Zeit des Aufbruchs mit ihren überformenden Ausprägungen der Industrialisierung im Untersuchungsgebiet vorgestellt werden.

3.2.2.1. Die „Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG“

3.2.2.1.1. Eine Erfolgsgeschichte

Aus der seit 1887 betriebenen kleinen Versuchsanlage zur Herstellung von Kunstseide erwuchs bald nach Entstehung des Oberbrucher Glanzstoffwerkes eine großtechnische Anlage mit internationalen Verflechtungen. Startete die Produktion 1899 noch mit 250 Belegschaftsmitgliedern, so erhöhte sich die Beschäftigtenzahl bereits 1917 auf 3950 (Gillessen 1992). Dieser rapide Arbeitnehmerzuwachs und die raumgreifende Expansion des Werkes - in baulicher und soziokultureller Hinsicht - überforderte das Dorf Oberbruch vielfältig. „Die Entwicklung des Werkes brachte es mit sich, die Arbeitskräfte immer mehr aus weiteren Entfernungen heranzuholen, was auch durch Einlegung von Arbeiterzügen zwischen Heinsberg-Lindern mit guten Anschlüssen in den Richtungen Lindern-Aachen (Kohlenrevier) und Lindern-Erkelenz gelang. Zur Zeit benutzen 1500 Werksangehörige täglich die Eisenbahn, davon etwa 500 bis in das Wurmkohlerevier (Herzogenrath, Alsdorf, Kohlscheid, Streiffeld).“ (‘25 Jahre Glanzstoff’ 1924, S. 101) Doch nicht alle Beschäftigten waren Berufspendler. Im Ort selber stockte man die Wohnkapazitäten auf. So wurden unmittelbar nach der Unternehmensgründung 128 „eigene Arbeiter- und Beamtenwohnungen errichtet“ (S. 96). Bis zum Jahr 1924 entstanden weitere 128 werksgeförderte Häuser. Die Bedeutung dieser enormen wirtschaftlichen Expansion unterstreicht folgende Erhebung für das Jahr 1924: „Das Werk Oberbruch beschäftigt annähernd 6000 Beamte und Arbeiter. Rechnet man auf den Werksangehörigen 2-3 Familienmitglieder ... so gibt das Werk Oberbruch etwa 20.000 Menschen Lebensunterhalt. Die Gemeinde Oberbruch zählte zu Anfang 1899 1.450 Seelen, heute 3.300.“ (S. 101)

Das Werk wurde klotzig und großflächig in dem kleinen Dorf Oberbruch errichtet. „So wie die Industrialisierung ohne Kapitalakkumulation nicht auskam, brauchten die Maschinenhallen, topographisch gesprochen, freies Gelände zur Expansion. Dafür kamen vor allem Gebiete außerhalb der Stadtmauern in Frage

(Dörfer, Vororte, die im Laufe der Zeit meist eingemeindet wurden). Die Industrie erwies sich als Städtegründer." (Glaser 1994, S. 55) Die Akzeptanz dieses 'Fremdkörpers' fiel zunächst höchst zwiespältig aus. Während die Tagelöhner aus der näheren und weiteren Umgegend willens waren, in die Fabrik zu gehen, zeigten Kleinbauern, Handwerker und Gewerbetreibende hierzu nur eine zögerliche Bereitschaft. „Die Menschen, die in Fabrikhallen ('Maschinenhallen') arbeiteten, sahen sich völlig neuen Verhältnissen gegenüber, Zeittakt - Zeitnot bestimmten die mechanisierte Produktion, Disziplin war die wichtigste Tugend. Die Fabrik- bzw. Werkstattordnung kodifizierte die erwartete Arbeitsmoral: Es waren die Regeln der Repression." (Glaser 1994, S. 58)
Adam Smith (1776) hatte in seinem grundlegenden Werk („Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Nationalreichtums") das Ideologiegebäude des industriellen Wandels errichtet. Er ging darin von zwei wesentlichen Produktionsfaktoren aus: erstens Arbeit und zweitens Boden und Klima. Arbeitskräfte waren in ausreichender Zahl vorhanden und Expansionsraum war im Dorf Oberbruch reichlich gegeben. Aber diese Ressourcen waren auch anderswo disponibel. So ist zu fragen, welche spezifischen Standortfaktoren waren für die Betriebsgründung an diesem Ort überdies von Bedeutung? Die Grundvorstellungen des Ökonomen Smith legen nahe, unter Produktionsgesichtspunkten der Verbindung von Mensch und Boden Bedeutung beizumessen. In dem durch landwirtschaftliche Traditionen geprägten Raum entwickelten sich *spezifische Einstellungen* und Arbeitstugenden, die bislang den Erfordernissen der natürlichen Jahreszyklen unterworfen waren. Landwirtschaft - als Oberbegriff affirmativer Umweltfaktoren - erforderte saisonal beschwerliche körperliche Anstrengung. Die Kulturlandschaft formte die Menschen. Auf dergleichen Wertsetzungen (Steinbach 1985) konnte der Betrieb im Gefüge der industriellen Hierarchie aufbauen, wobei ein Transfer in der Arbeitsorganisation - weg von unregelmäßiger, sinnvoller Tätigkeit und hin zu regelmäßiger, fremdbestimmter Arbeit - bei den Beschäftigten zu realisieren war. „In den Maschinenhallen vollzog sich die Einschmelzung des Individuums ins funktionierende Kollektiv." (Glaser 1994, S. 61) Unter diesen Bedingungen be-

kommt das nachfolgende Zitat ‘schönfärberische Züge’: „Die Menschen dieses Landes[244] zeichnet ja vieles aus, und eines davon ist sicher ein wacher Sinn für’s Praktische, für die Realitäten des Lebens. Diese so begrüßenswerte Eigenart lehrte sie in kurzer Zeit, mit der Fabrik, mit deren Ordnung und mit deren Kunstseide zu leben. Vermutlich war dieser Anpassungsprozeß ein gegenseitiger: Es war nicht nur so, daß sich die Menschen an das Leben in der Fabrik gewöhnten, sondern sie sorgten wohl auch dafür, daß so manche Vorstellungen, die Zugereiste von außerhalb mitbrachten, der Wesensart des Selfkänters ihren Tribut zollten und entweder verschwanden oder sich anpaßten.“ (Zempelin 1974, S. 8)

Im Gegensatz zu anderen industrialisierten Distrikten schien hier der großindustrielle Betrieb keine proletarische Schicht zu schaffen, sondern nahm die bereits vorhandene pauperisierte Landbevölkerung auf. „Der Überschuß an Arbeitskräften auf dem Lande, der der Landflucht zugrunde lag, war andererseits eine wesentliche Standortvoraussetzung für das große Glanzstoffwerk“ (Bast 1952, S. 123). Der industrielle Umstrukturierungsprozeß vollzog sich demnach zunächst nicht in Konfrontation zur Landwirtschaft, gleichwohl auf dem „Rohstoff Arbeit“ (S. 124) basierend. Capell (1974, S. 16) beschreibt: „Die ersten Glanzstoff-Arbeiter meines Heimatortes waren in den Augen mancher Mitbürger sogenannte ‘Fabrikspöngele’. Sie standen im Ansehen unter dem allgemeinen Niveau.“ Die Ablehnung der Industriearbeit war an schichtspezifische Interessenlagen gekoppelt: „Sie resultiert nicht generell aus einer Konfliktentscheidung, sondern muß als Verharren in der traditionellen Arbeitswelt angesehen werden, solange sich darin noch ein Minimum an selbständiger beruflicher Existenz realisieren ließ.“ (Gillessen 1986, S. 241)[245] Folglich mußte

---

[244]Gemeint ist die Bevölkerung des Selfkants.

[245] So oder so ähnlich mögen auch die Betroffenen im Untersuchungsgebiet gedacht haben, wenn man eine grundsätzliche Parallelität industrieller Entwicklung unterstellt: „Dennoch sträubten sich die Kleinmeister mit Händen und Füßen gegen den Eintritt in die Fabrik! Das muß seinen Grund haben. Solange der Meister selbständig ist, dünkt er sich sein eigener Herr, er hungert, aber er hungert innerhalb seiner vier Pfähle, er ist ein Bettler auf eigene Faust; in der Fabrik wird ihm auch nichts geschenkt, und er verliert die Freiheit seiner Bewegung. Er mag sich nicht durch ein Glockenzeichen an die Arbeit kommandieren und von ihr wieder abbefehlen lassen, er will seine Kartoffeln essen, wenn er Hunger hat und nicht, wenn es die Hausordnung gestattet. Auch hält er noch auf äußere Geltung, und da spielt doch der ‘Meister’

das Unterordnen dieser Eigenbestimmtheit unter die Prinzipien industrieller Produktionsprozesse als sozialer Abstieg interpretiert werden. „Außer durch (das) rein physische Element ist der Wert der Arbeit in jedem Land bestimmt durch einen *traditionellen Lebensstandard*. Er betrifft nicht das rein physische Leben, sondern die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, entspringend aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, in die die Menschen gestellt sind und unter denen sie aufwachsen.“ (Kuczynski 1981, S. 361, Bd. 4) Diese traditionsverhaftete Betrachtungsweise relativierte sich angesichts der wachsenden Zahl von Industriebeschäftigten erwartungsgemäß recht bald. „Viele auswärtige Arbeitnehmer ließen sich in Oberbruch nieder, so daß die Gemeinde einerseits durch die Erweiterung des Betriebskomplexes, andererseits durch den Wohnungsbau eine beachtliche räumliche Ausdehnung erfuhr.“ (Ritzerfeld 1995, S. 122) Doch diese Arbeitnehmer führten zunächst eine geteilte Existenz: Auf der einen Seite sozialisierte der Betrieb durch das Diktat fremdbestimmter Produktionsbedingungen, während es gleichzeitig galt, das Sozialprestige innerhalb der Dorfgemeinschaft aufzuwerten. Für diejenigen, die in einer Werkswohnung lebten, ergab sich eine doppelte Abhängigkeit in den Arbeits- und Wohnbedingungen. Denn „unternehmerische Wohlfahrtseinrichtungen verlangten ihren Zoll. Arbeiter unterlagen in ihrem innerbetrieblichen Verhalten nicht nur den Maßregeln der Arbeitsordnung, sondern auch in ihrem Wohnbereich einer strengen Wohnordnung.“ (Steinbach 1985, S. 425) Die Wohnbedingungen der Fabrikarbeiter sind nach heutigen Maßstäben kaum nachvollziehbar. Kuczynski (1981, S. 440, Bd. 4) versucht den Typus einer besseren Arbeiterwohnung (mit unspezifischem Verallgemeinerungsgrad) zu illustrieren:

„2 - 3 meist kleine Zimmer, ... schlechter Treppenaufgang, dunkel und eng und schlecht riechend, weil der Eingang im Haus klein ist; ... Gaslichtbeleuchtung, die, weil kostspielig, meist nicht benutzt wird. Im Innern grassiert die ‘gute Stube’: unbeheizt, mit der Ungemütlichkeit des meist unbenutzten Zimmers, vollgestellt mit Dingen, die weder nützlich noch schön sind, bildete sie das Noli me tangere des besseren Arbeiterhaushalts. Lieber, als dieses Heiligtum durch

---

oder ‘Fabrikant’ eine andere Rolle in der Schützengesellschaft und in der Kneipe als wie der ‘Fabrikarbeiter’.“ (Ogger 1995, S. 254)

Bewohnen zu entweihen, ißt der Arbeiter in der Küche oder im Schlafzimmer. Ist die Küche hell, so ist sie der Wohnraum der Familie.“[246]

Erst allmählich etablierte sich eine Annäherung betrieblicher und dörflicher Hierarchien, d.h. die gegebene innerbetriebliche Schichtung diffundierte in die dörfliche Gemeinschaft hinein. In einem Verdrängungsprozeß übernahm „die Industrie die sozioökonomische Rolle der Landwirtschaft.“ (Gillessen 1986, S. 248) Innerhalb des örtlichen Gemeinwesens gelang es signifikant häufig Beschäftigten des Werkes, wichtige öffentliche Ämter (z.B. Ratsmitgliedschaften) zu belegen. Wirtschaftliche und kommunale Interessen begannen sich nach uniformen Mustern zu gestalten. Eine nachhaltige Aufwertung der „Glanzstoff-Fabrik“ und deren Belegschaft war die Folge. Zumal das Werk wirtschaftlichen Wohlstand für die Industriegemeinde Oberbruch bedeutete. Diese exponierte Stellung des Ortes innerhalb des Untersuchungsgebietes verstärkte Konkurrenzdenken und partikuläre Bestrebungen. In den Nachkriegsjahren erwirtschaftete der Betrieb wieder erhebliche Gewinne:

[246] Herzfeld (1905, S. 55f.) beschreibt die Lebenssituation eines mecklenburgischen Landarbeiters, die an dieser Stelle -in Ermangelung regionaler Beschreibungen exemplarisch nachzeichnen soll, weshalb es für diese Bevölkerungsschicht sehr wohl erstrebenswert war Fabrikarbeiter zu werden: „Täglich, stündlich, werktäglich, sonntäglich jederzeit, ist der Mann zur Arbeit verpflichtet als Pferdeknecht oder zu jeder anderen Arbeit, welche der Herr befiehlt. Der Herr bestimmt die Arbeitszeit. Ohnehin dauert dieselbe im Sommer regelmäßig von 4 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, 17 Stunden, wie vorher dargelegt. Aber trotz der 17stündigen Arbeitszeit, die noch nach Belieben des Gutpächters (oder Bauern, A.F.) verlängert werden kann, ist der Pächter berechtigt, am Lohn des Pferdeknechtes nach seinem Befinden Abzüge zu machen, wenn derselbe nach seiner Ansicht ‘zu langsam’ arbeitet. ... Verantwortet sich der Mann und ist er dabei nach Ansicht des Pächters ‘unhöflich oder ungebührlich’, so verfällt er, der 54 Pf. Geldlohn pro Tag verdient, für jeden einzelnen Fall in eine Strafe bis zu drei Mark, die der Pächter festsetzt und durch Abzug vom Lohn für seine Tasche vollstreckt. Kommt die Ungebührlichkeit wiederholt vor, oder verweigert er die Arbeit, vielleicht sonntags, oder werktags, weil er müde und hungrig zu weiterer Arbeit unfähig ist, oder bleibt er ‘einfach ohne Erlaubnis’ aus der Arbeit fort, vielleicht weil seine kranke Frau oder sein Kind seiner Pflege dringend bedürfen, oder weil er sich eine andere Stelle sucht, so kann der Pächter ihn sofort aus der Arbeit entlassen. ‘Der Deputatist muß in diesem Fall binnen 24 Stunden nach erfolgter Kündigung die Wohnung geräumt haben, widrigenfalls dem Herrn das Recht zusteht, ihn und seine Familie mit Gewalt aus der Wohnung zu entfernen. Jede weitere Lohnzahlung und Naturalleistung hört mit erfolgter Kündigung sofort auf.’ Aber auch nach seinem Belieben ohne das geringste Verschulden des Deputatisten kann der Pächter denselben jederzeit sofort entlassen und samt Frau und Kindern, Hausgerät und Vieh, nötigenfalls mit Gewalt, auf die Landstraße setzen. Die reifenden Kartoffeln des Deputatisten, die Erzeugnisse seines Gartenlandes, das Deputat an Milch und Getreide, den rückständigen Lohn, alles behält der Pächter. Denn ‘auch wenn der Deputatist ‘zu Unrecht’ sofort entlassen sein sollte, ist er dennoch verpflichtet, die Wohnung mit seiner Familie und sonstigem Anhalt sofort zu räumen und auf Schadenersatzansprüche beschränkt’.“

> Nach der erfolgreichen Viskoseproduktion schloß sich ab 1950 der Perlonbau an. Später wurde dann der Diolenherstellung eine höhere Priorität eingeräumt. Die Werksleitung versuchte mit gewissem Erfolg, die Nachteile einer allzu einseitigen Produktpalette zu verhindern. Die Notwendigkeit von Neuentwicklungen bestimmten die Gesetze des sich etablierenden Weltmarktes (Beispiel: der erste 'Ölpreisschock' in den siebziger Jahren). „Lag das Schwergewicht bisher auf der Herstellung textiler Fäden, so wurden jetzt auch technische Garne interessant. Die Stahlkordproduktion wurde erhöht und neue zukunftsweisende Typen entwickelt. 1978 erfolgte der Aufbau des 'Enka tecnica', mit dem ein neuer Markt für Spinndüsen und spezielle Hilfsaggregate der Präzisionstechnik erschlossen wurden." (Schwab 1988, S. 237) Der Vollständigkeit halber seien noch die innovativen Bereiche Kohlenstoffaserproduktion und Polyesterkondensation (ab 1988) erwähnt.

Ähnlich differenzierte Betrachtungen sind bezüglich der Werksbelegschaft vorzunehmen. Plausibel erscheint die Annahme, daß sich früh ein Zusammengehörigkeitsgefühl herausbildete. Innerhalb der sozialen Gruppe der Glanzstoffbeschäftigten etablierten sich Insidermerkmale. Wenn beispielsweise jemand äußerte: „Esch jonk no de Fabrik", dann war damit eine allgemein verständliche Aussage getroffen. Diese dichten Bezüge in der betrieblichen Binnenstruktur ermöglichten es ferner, sogenannte 'Gastarbeiter', die ab den sechziger Jahren angeworben wurden relativ schnell zu integrieren. „In den Sechziger Jahren wurde Oberbruch so etwas wie ein 'Schmelztiegel Europas'. Das Glanzstoff-Werk warb immer mehr Gastarbeiter an. ... Im Jahre 1966, einem Jahr der Hochkonjunktur, waren von den 11.604 Einwohnern der Amtsgemeinde etwa 1.100 ausländische Mitbürger." (Esser 1993, S. 67)

In Gesprächen mit Pensionären des Glanzstoffwerks, wie das Unternehmen auch heute noch im Volksmund genannt wird, bestätigte sich die starke Selbstbezogenheit der Belegschaft. In erster Linie hätten sich alle als Werksbeschäftigte definiert. Dieser Standpunkt habe unterschiedliche Herkunftsorte und Nationalitäten eingeebnet und geschlechtsspezifische Diskriminierungen nicht aufkommen lassen. Beinahe - so wird erinnert - habe man sich einer großen *Familie* zugehörig empfunden.

3.2.2.1.2. Bedeutungswandel

Ein soziales Phänomen wurde beschrieben, das irreversibel der Vergangenheit zugerechnet werden muß. Denn der Prozeß der betriebswirtschaftlichen Umstrukturierung ließ das Bewußtsein, einer besonderen sozialen Gruppe anzugehören, verblassen. Als äußeres Zeichen begleiteten Umfirmierungen des Werkes den Wandlungsprozeß: Aus der ursprünglichen „Glanzstoff AG“ wurde das „Enka-Werk“, das sich in jüngster Zeit zum „Akzo Nobel-Indusriepark“ entwickelte.

Die schlanken Doppelessen des industriellen Areals überragen den Ort Oberbruch weithin sichtbar und bildeten im Laufe der Zeit den Charakter eines Wahrzeichens aus. Als Monumente des industriellen Strebens nach Macht und Größe verlieren sie in heutiger Zeit ihre raumbeherrschende Dominanz, stehen mit den Augen der Jungen betrachtet nur noch nutzlos, deplaciert und alleingelassen da. Die stolze Größe des Werkes symbolisiert lange nicht mehr die wagemutige Aufbruchstimmung der ‘Gründerzeit’. Ein verzeichnetes, unstimmiges *Raumbild* technischer Provenienz konturiert sich. „Der kompakte Materialismus, Positivismus und Kapitalismus, die nach wie vor das Gefühl des Wohlbefindens suggerieren, atomisieren sich; sie werden durchlässig für neue Erlebnisformen.“ (Glaser 1994, S. 9)

Das einstige Chemie-Monopol-Unternehmen mit mehr als 7.000 Beschäftigten hat als regional potenter Arbeitgeber an Bedeutung verloren. Nach dem Überstehen der letzten großen wirtschaftlichen Krise in den achtziger Jahren und ihren Nachwirkungen, verbunden mit einer deutlichen Belegschaftsreduktion (1993: 1.940 Beschäftigte; 1994: 1.770 B.; 1995: 1.750 B.),[247] verspricht das Modell des Industrieparks einmal den Verbleib des Werkes in Oberbruch und zweitens ca. 1.800 Arbeitsplätze zu sichern. Projektiert wird die Segmentierung der Großfirma in diverse kleine autonome Betriebe (Akzo Nobel Faser AG, Enka-Viskose, Kuagtextil GmbH u.a.). Diese sollen die leergeräumten Hallen wiederbeleben und haben die Möglichkeit, Gebäude und Infrastruktur des niedergehenden Akzo-Werkes zu nutzen.

Parallel zum konjunkturbedingten Stellenabbau bzw. der Zergliederung des Werkes in verschiedene autonome Bereiche vollzog sich auch ein Orientierungswechsel im Bewußtsein der Beschäftigten: Der Mythos der großen, gemeinsamen Basis schwand. Statt dessen trat der individuelle Arbeitnehmerstatus, bestenfalls der soziale Rahmen der näheren Kollegenschaft, in den Vordergrund der Aufmerksamkeit. Deshalb sind die überregionalen Werksbezüge durch abnehmende Bedeutungen geprägt, gelten offenbar als anachronistisches Erbe einer vergangenen Betriebskultur.

[247] Vgl. ‘Aachener Volkszeitung’ vom 27. Mai 1995.

3.2.2.2. Die Gewerkschaft[248] „Sophia-Jacoba“

3.2.2.2.1. Zechenschließung - ein Ereignis und die Folgen

Eine kommunale Imagebroschüre der Stadt Hückelhoven von 1990 „Vorteil Hückelhoven“ hebt besonders hervor: „Weithin bekannt ist das Steinkohle-Bergwerk Sophia Jacoba, das größte Industrie-Unternehmen im Kreis Heinsberg.“ Diese stolze Feststellung weist auf ein kommunales Selbstverständnis hin, das Zeche und Stadt als fest verankerte Vorstellungseinheit wahrnimmt. Noch deutlicher formuliert ein Prospekt der Betreibergesellschaft optimistische Zukunftsaussichten: „Gerade der Fachmann erkennt, daß eine Zeche, die so modern und nach rationellsten Erkenntnissen arbeitet, beruhigt in die Zukunft blicken kann. Die hervorragenden Anthrazite von Sophia-Jacoba reichen noch für über 100 Jahre. Sie sollen stets mit den jeweils modernsten technischen Mitteln gehoben und veredelt werden.“ (herausgegeben von der Sophia-Jacoba Handelsgesellschaft mbH, 1973)

Doch bereits in den achtziger Jahren überschatteten Gerüchte über Stillegungsabsichten das vitale Prosperitätsbekenntnis. Schließlich entstand - durch die Beschlüsse der Kohlerunde aus dem Jahre 1991 - Gewißheit: Im Juni 1997 werden ca. 3.000 Arbeitsplätze weniger in der Region zur Verfügung stehen. Während der Übergangszeit regte sich erheblicher Protest seitens der Belegschaft gegen die drohende Zechenschließung. „Die überregional beachteten, in der Geschichte des deutschen Steinkohlebergbaus einzigartigen Protestaktionen zeugen von der persönlichen Betroffenheit der an dem Schicksal der Zeche beteiligten.“ (Ritzerfeld 1995, S. 3)

Die nüchterne Feststellung birgt das Ausmaß einer Tragödie in sich, für betroffene Mitarbeiter, für Familien, für die Region insgesamt.

„So weit wären wir also: Das Uhrwerk ist aufgezogen. Jetzt schnurrt es von allein ab. Das ist das Praktische bei einer Tragödie. Ein kleiner Stups mit dem Finger, und die Sache läuft. ... Mehr braucht es meist gar nicht. Dann kann man beruhigt sein, die Geschichte läuft von al-

[248] Gewerkschaft wird im Bergbau die spezifische Gesellschaftsform genannt, bei der ein oder mehrere Personen (Gewerke) als Eigentümer fungieren.

leine ab. ... Da gibt es keinen Ausweg. Außerdem befindet man sich in bester Gesellschaft, denn im Grunde sind alle gleich unschuldig. ... Es gibt von vornherein keine trügerischen Hoffnungen mehr. Man weiß, daß man wie eine Maus in der Falle gefangen wird. Man braucht nur mehr zu schreien - aber bitte nicht seufzen und jammern -, man muß nur noch schnell brüllen, was bisher noch nicht gesagt wurde, weil man es vielleicht selbst noch nicht gewußt hatte." (Anouilh 1942, S. 28f.)

Protest und Widerstand konnte die schicksalhafte Entscheidung - parallel zum klassischen Aufbau der literarischen Tragödie - nicht abwenden. Dem lauten '*Brüllen*' folgte vielleicht auch hier die *verspätete Erkenntnis*, daß nunmehr eine neue Zeit angebrochen ist, die keine der gewohnten und liebgewonnenen Sicherheiten mehr zuläßt. Die Regeln der industriegesellschaftlichen Moderne modifizieren das gesellschafts- und rechtspolitische Konstrukt, „welches die moderne Industriegesellschaft und ihren Staatsbegriff bislang prägte, nämlich die Teilung der gesellschaftlichen Steuerung in eine private und eine staatliche Sphäre" (Marten 1997, S. 265) grundlegend. Ein Paradigmenwechsel war eingetreten und virulent geworden: „Es geht um den Abschied von einem auch per Verfassung dokumentierten Modell gesellschaftlicher Steuerung: Der Staat setzte den demokratisch gewollten, sozial gerechten und sachlich vernünftigen Rahmen, innerhalb dessen sich technischer Fortschnitt, wirtschaftliches Wachstum und private Freiheit entfalten." (S. 266) Jedoch, das Modell erweist sich - auch im regionalen Kontext - als 'Auslaufmodell'.

Der Eindruck der allseitigen Ohnmacht bleibt. Kreis und indirekt involvierte Kommunen hatten augenscheinlich in der Vergangenheit nur unzureichend die Dynamik des regionalen Großunternehmens wahrgenommen. Nunmehr rasch verfaßte Resolutionen des Kreises Heinsberg und der Städte Erkelenz und Geilenkirchen[249] aus dem Jahre 1988, die sich für den Erhalt der Zechenanlage aussprachen, vermochten die eingeleitete Entwicklung nicht mehr grundlegend zu beeinflussen. Die strukturale Defizienz der regionalen Gremien das außerplanmäßige Ereignis *Zechenschließung* zu bewerten, rief professionelle Pla-

[249] Beispielhaft sei die Grundsatzerklärung des Rates der Stadt Geilenkirchen (Beschluß aus 6/1988) „Vorrang für die heimische Kohle" erwähnt.

nungsshilfen von außen auf den Plan.[250] In Auftrag gegebene Gutachten (I;II) wurden jedoch verspätet vorgelegt, um noch ausschlaggebend sein zu können. Sinnvolle Alternativen zur Zechenschließung konnten deshalb nicht mehr angedacht und verfolgt werden. Die „Prognos AG“ (Europäisches Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung) schloß im März 1990 ein entsprechendes Gutachten (II) zur Standortbestimmung ab. Zu diesem Zeitpunkt stand die Zechenschließung noch nicht definitiv fest. Zusammenfassend wird der Zeche eine dominierende Bedeutung für die wirtschaftliche Binnenstruktur des Untersuchungsgebietes zuerkannt.[251] Ritzerfeld (1995, S. 149) kommt demgegenüber - in seiner späteren Untersuchung - zu optimistischeren Schlußfolgerungen: „Die Ergebnisse der quantitativen Analyse geben Anlaß zu der Vermutung, daß die in der öffentlichen Diskussion anfänglich prognostizierten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Zechenschließung - auch mit Blick auf die

[250] Ergebnisse und Empfehlungen der Studie (I) - ermittelt durch die „E & S Energie und Stadtplanung“ (1990, S. 16) - ergaben u.a. für nahezu alle Gemeinden die sinnvolle Option, mittels Anthrazit-Zentralheizungen/Heizzentralen und Kohle-Heizkraftwerke die regionalen Ressourcen (Produkte der Zeche) zu nutzen. Dies allerdings zu einem Nutzwärmepreis, der beispielsweise für Heinsberg „weit über dem maximalen (Wärmepreis) der in der Bundesrepublik üblichen Fernwärmepreise liegt.“

[251] Einige Auszüge sollen diese Bewertung verdeutlichen: „Das im Aachener Revier ansässige Steinkohlebergwerk Gewerkschaft Sophia-Jacoba in Hückelhoven, das rd. 4.100 Mitarbeiter - davon allein 500 Auszubildende - sowie 575 Personen von Bergbau-Spezialgesellschaften beschäftigt, steht vor dem Problem einer dauerhaften Sicherung des Fortbestandes des Unternehmens. ... (Die erheblichen Absatzprobleme gefährden) den Fortbestand der Grube und damit eine Vielzahl von Arbeitsplätzen, die für den strukturschwachen Kreis Heinsberg in seiner ausgeprägten Grenzlage zu den Niederlanden unentbehrlich sind. Die Zeche Sophia-Jacoba ist der größte Arbeitgeber im Kreis Heinsberg. Sie ist außerdem der größte Ausbildungsbetrieb in diesem Raum. Etwa 95 % der Gesamtbelegschaft der Zeche haben ihren Wohnsitz im Kreis Heinsberg; 60 % aller Belegschaftsmitglieder wohnen am Firmensitz in Hückelhoven. Die Ausbildungsgänge bei Sophia-Jacoba umfassen neben der klassischen Ausbildung des bergmännischen Nachwuchses auch andere gefragte Berufe, z.B. Elektroanlageninstallateur und Betriebsschlosser. Hierzu unterhält die Zeche eine eigene Bergberufsschule in Hückelhoven, in der auch die Möglichkeit des Besuchs des Berufsgrundschuljahres geboten wird. ... Die Gewerkschaft Sophia-Jacoba zahlt jährlich 205 Mio. DM an Löhnen und Gehältern an ihre Mitarbeiter. Das ist ein Viertel der Lohnsumme der Industrie im Kreis Heinsberg (1986: 800 Mio. DM). Sophia-Jacoba ist außerdem ein wichtiger Auftraggeber für Lieferanten und Leistungen des im Kreis Heinsberg ansässigen gewerblichen Mittelstandes. Fast 600 Firmen im Kreis Heinsberg stehen in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen zu Sophia-Jacoba. ... Unter diesen Umständen ist die Sicherung des Fortbestandes von Sophia-Jacoba für den Kreis Heinsberg von existentieller Bedeutung.“ (Prognos Studie 1990, Teil I, S. 34-36) An anderer Stelle bekräftigten die Autoren des Gutachtens ihre Gesamteinschätzung, indem sie auf negative regional bedeutsame Sekundäreffekte hinwiesen. Neben fiskalischen Einbußen wären demnach Konkurse von Zulieferbetrieben - Prognos (1990, Teil II, S. 97) gibt die Zahl der indirekt abhängigen Arbeitsplätze mit maximal 1.000 an - zu erwarten.

jüngste Entscheidung hinsichtlich des Weiterbestehens des Unternehmens[252] - zu relativieren sind.“

Von alledem unbeeinflußt nahm das nahezu Unvorstellbare seinen Lauf: Die Betreibergesellschaft N.V. ROBECO (Rotterdamsche Beleggings Consortium) äußerte schon 1987 die Absicht, das Bergwerk abzustoßen. Langwierige Sondierungsgespräche und Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium und der Ruhrkohle AG führten schließlich zu Ergebnissen. „Nach der Entscheidung, das Bergbauunternehmen nach dem sogenannten ‘Buy-Out-Konzept’ an die Ruhrkohle AG zu verkaufen, erlangte die Übertragung des Unternehmens durch die Genehmigung der Europäischen Gemeinschaft im Januar 1991 Rechtswirksamkeit.“ (Ritzerfeld 1995, S. 137) Im Kontext der Umstrukturierungspläne der Bundesregierung[253] wurde in der Folge eine Variante diskutiert, die die Schließung der Zeche Sophia-Jacoba aus Rentabilitätsgründen beinhaltete. Eine Idee war geboren und nahm schnell Gestalt an, denn schon bald wurde das Stillegungsdatum auf das Jahr 1997 festgelegt. Mit diesem Datum hatte ein nahezu zehn Jahre andauernder Schließungs- und Diversifizierungsprozeß seinen Abschluß gefunden.

Die bei vielen feststellbare Überraschung, die Ratlosigkeit der Regionalpolitiker und die Wut der Bergleute sind nicht allein durch die drohende Betriebsschließung oder den Arbeitsplatzverlust erklärbar; es ging und geht noch um mehr: *Der regionale Charakter steht zur Disposition*. Relevante Facetten der durch den Bergbau induzierten wirtschaftlichen, räumlichen und sozialen Veränderungen treten erst dann in Erscheinung, wenn die vollzogene sozioökonomische Entwicklung des Gemeinwesens in eine Betrachtung einbezogen wird.

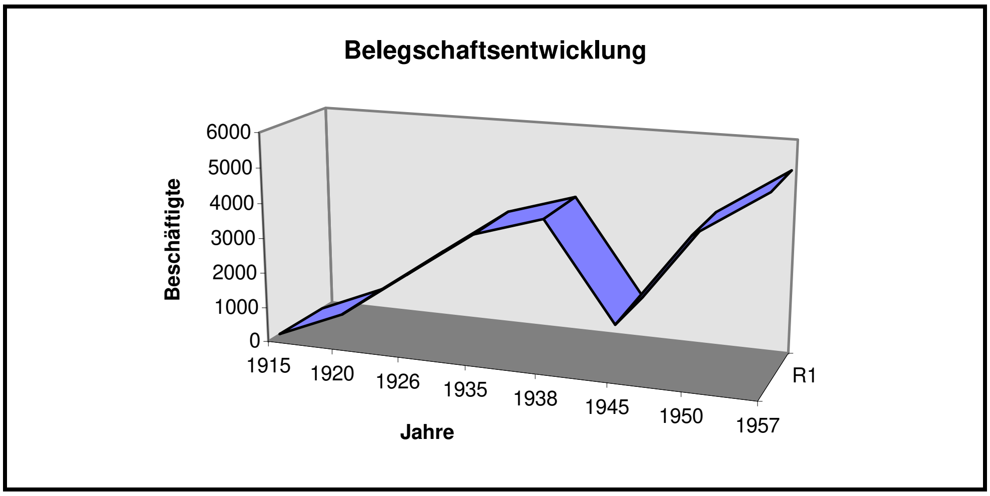
---

[252] Die Tatsache der Zechenschließung bleibt bestehen. Derzeit versucht die Sophia-Jacoba GmbH durch eine frühzeitige Diversifikation und eine unternehmerische Verselbständigung erfolgversprechender Unternehmensbereiche, den Weiterbestand von Teilbereichen des Unternehmens nach 1997 zu sichern (vgl. Ritzerfeld 1995).

[253] Gemeint ist die sogenannte ‘Kohlerunde’.

3.2.2.2.2. Rückblick - die Anfänge

Im Jahre 1909 begann Hückelhovens Geschichte als Bergbaugemeinde mit dem Abteufen des Schachtes I auf dem Hansberg. Hückelhoven war damals ein Dorf (1905: 646 Einwohner), wie bei den meisten Dörfern am Rande der Rurniederung war Ackerbau der Haupterwerbszweig (Krings 1974). Während vor dem ersten Weltkrieg die Kohlegewinnung sich in einem engen Rahmen bewegte, erfolgte seit den Nachkriegsjahren ein rasches Wachstum. Die Belegschaftsentwicklung der Jahre 1915-1957 vermag einen entsprechenden Eindruck zu vermitteln:



Quelle: Schmidt 1958, S. 112.[254]

Die Tautologie findet erneut Bestätigung, wonach Steinkohlevorkommen beinahe zwangsläufig Industrialisierungsimpulse induzierten. Dennoch ist einschränkend anzumerken, daß u.a. die relativ ungünstige verkehrsmäßige Erschließung der Zechenanlage in Hückelhoven - des Aachener Reviers insgesamt - überregionale Impulse, wie sie beispielsweise das Ruhrgebiet erfahren hat, nicht entwickeln konnte (Kiesewetter 1989, S. 228 ff.).

Die für den Abbau nötigen Bergleute waren in der Umgebung des Werkes nicht verfügbar. „Vermutlich brachte Honigmann[255] die Bohrmannschaft und die ersten Bergleute von seiner Grube 'Oranje-Nassau' mit nach Hückelhoven."

---

[254] Graphische Gestaltung A.F.
[255] Entdecker des Kohlevorkommens und erster Grubeneigner.

(Kranefuss 1975, S. 39) Doch bald schon zeigte sich die Notwendigkeit, Arbeitskräfte in großem Maßstab zu akquirieren. Neubergleute wurden deshalb angeworben, die „aus der Rhön, Bayern, Niedersachsen und den deutschen Ostgebieten“ (Schmidt 1958, S. 112) stammten. Menschen waren gekommen, hatten ihre Wohnorte verlassen, um sich eine neue, bessere Lebensperspektive zu erschließen. Die Motivation der Zuwanderer mag gerichtet gewesen sein auf die „Einlösung vorhandener Hoffnungen auf Emanzipation, auf mehr Glück, besseres Leben, im gleichen Atemzuge also auch willentliche Abwendung von bestehenden Verhältnissen und Zwängen, die man ertragen, aber nicht geliebt hatte.“ (Hoffmann-Axthelm 1993, S. 101) Zunächst schienen diese Hoffnungen auf eine glücklichere Zukunft frustriert zu werden. Denn die Lebenssituation dieser Bergwerkpioniere war strapaziös: „Zu den harten Bedingungen der Natur, den Schwierigkeiten des Gebirges, kamen für sie noch andere Erschwernisse: ein immer noch ‘dürftiger Lebensstandard’ bei schwerster und oft gefährlicher körperlicher Arbeit, häufig unzureichende Wohnverhältnisse, ein Arbeitstag, der zu jener Zeit noch immer über acht Stunden lag, und so gut wie keine Mitsprache in den Belangen des Betriebs.“ (Kranefuss 1975, S. 39) Die Zeche bot einen Arbeitsplatz und darüber hinaus jedoch so gut wie nichts.

Da die Mehrzahl der Bergleute keine Berufspendler waren, bekam die defizitäre Wohnungslage eine hohe Priorität. „Innerhalb der vielfältigen Probleme, die im 19. Jahrhundert mit dem Begriff der ‘sozialen Frage’ zusammengefaßt und diskutiert wurden, nahm die Stellung der Untermieter und Bettgeher breiten Raum ein.“ (Ehmer 1979, S. 132) Das Wohnen ohne Wohnung wurde unter den Bedingungen des Übergangs von der agrarischen zur industriekapitalistischen Produktionsweise für die zugewanderten Bergleute zur Regel.[256]

---

[256] Brüggemeier (1985, S. 277) beschreibt die Zustände im Ruhrgebiet: „Die wenigen Plätze in den Ledigenheimen waren derart unbeliebt, daß um die Jahrhundertwende die meisten Heime leerstanden. Wohnungen für Einzelstehende gab es nicht; die Zechen konnten sie allenfalls auf die Kolonien verweisen und ihnen empfehlen, dort als Schlafgänger eine Bleibe zu suchen. Zwar wurde bei der Vergabe von Wohnungen die Aufnahme von Schlafgängern nicht zur Bedingung gemacht, doch es wurden wohl diejenigen bevorzugt, die dazu bereit waren. Angesichts unzureichender staatlicher Interventionen, versagender Marktmechanismen und Zechenverwaltungen, die wenig Initiative zeigten, waren die Zuwanderer auf familiale bzw. halböffentliche Strukturen verwiesen, und fast ausschließlich hier wurden Leistungen erbracht. Hier

Die ländlichen Dorfgemeinden waren auf den Zustrom der Arbeiter nicht vorbereitet. Sie konnten aus eigener Kraft keine Antwort auf die Wohnraumfrage finden. Kommune und Betreibergesellschaft errichteten deshalb gemeinsam auf der Grundlage einer 'großzügig betriebenen Siedlungspolitik' (Schmidt 1958) mehrere Bergmannssiedlungen (Kolonien) in Hückelhoven, Ratheim, Dovern und Hilfarth. Brüggemeier/Niethammer (1978, S. 167)[257] merken an: „Der ökonomische Zwang bestand darin, unter den Bedingungen standortgebundener Produktion ... eine betriebsnah verfügbare, qualifizierte Stammbelegschaft rekrutieren und darüber hinaus für die Zechen gewinnen zu müssen." Für die Bergleute brachte das Wohnen in einer Kolonie zunächst wirtschaftliche und soziale Vorteile: die Miete war moderat, der Arbeitsweg kurz und der eigene Garten konnte bewirtschaftet werden. „Auf der anderen Seite waren diese Privilegien aber auch eine Fessel: da der Mietvertrag an den Arbeitsvertrag gebunden war, wirkten die Frauen und Familien auf die Arbeiter ein, auf die Ausnutzung der Konkurrenz der Zechen um Arbeitskräfte durch Firmenwechsel und auf Streikrisiken zu verzichten." (S. 170)

Gleichzeitig fanden landschaftsplanerische Gesichtspunkte Berücksichtigung, Subsistenzgärten wurden den Wohneinheiten zugebilligt. „Den Zeitverhältnissen entsprechend, die sparsames Wirtschaften erforderten, sollte für jeden Baubewerber soviel Land bereitgestellt werden, wie er zur teilweisen Selbstversorgung, zumindest für die Kleinviehhaltung, brauchte. Hier ist eine Tendenz zu spüren, die der Ent-Agrarisierung entgegenwirken möchte." (Bliersbach 1962, S. 56) Auch Tenfelde (1977)[258] betont die Bedeutung des bäuerlichen Nebenerwerbs: „Nicht allein in der materiellen Absicherung liegt jedoch die Bedeutung der ... ländlich-agrarischen Haushaltsführung des Bergmanns. ... Vielmehr drückt das bergmännische Haus eine Grundform des Lebens, Denkens und Verhaltens in den traditionellen Bahnen der vorindustriellen Gesell-

---

gab es eine Unterkunft, hier fanden sich Anschluß und Kontakte, und hier konnte - unterschiedlich großer - Teil der Freizeit verbracht werden."

[257] Brüggemeier/Niethammer beziehen ihre Untersuchung auf die Entwicklung des Bergbaus im Ruhrgebiet. Die Relevanz ihrer Ergebnisse bleibt deshalb für das Untersuchungsgebiet auf Analogien verwiesen.

[258] Für Tenfelde gilt diese Einschränkung ebenso.

schaft aus.“ (S. 119) „Die ersten Siedlungen wurden 1919 errichtet und zwar durch den holländischen Architekten Strasser. Seine Siedlungsbauten sind nach holländischem Vorbild konzipiert und getragen von der Idee einer Gartenstadt im Howard’schen Sinne. Die Gebäude wurden als Ziegelrohbauten errichtet und erhielten durch die übersteilen Dächer einen leicht expressionistischen Zug. Sie sind damit nicht nur Zeugen für die Industrialisierung des Raumes, sondern besitzen darüber hinaus noch baukünstlerischen Wert“ (Forschungsgruppe Freizeit und Fremdenverkehr 1993, Teil I, S. 100):

- *‘Auf dem Hansberg* wurde’ 1920 erbaut und umschließt die Straßenzüge Mokwa- und Sophienstraße, sowie den Komplex Friedrichplatz/Friedrichstraße. Ein zentral gelegener Platz öffnet die Siedlung und kontrastiert zur Geschlossenheit der Häuserzeilen.
- *‘Schaufenberg’* (1925) bildet als Siedlung einen nahezu kompakten Block.
- *‘In der Schlee’* (1925 - 1927) erstreckt sich entlang den Straßenzügen der Graf-Beust-Straße und der von-Dechen-Straße. Die Kolonie erfährt durch ihre Lage im Ort - auf einem Hügel gelegen - eine optische Auflockerung, die durch den Traufenwechsel der Häuser unterstrichen wird.
- *‘Auf dem Wadenberg’* wurde 1926 in Hanglage erbaut. Eingeschlossen wurde eine Platzanlage am Wasserturm, um die Schwere des Komplexes zu durchbrechen.

Das Leben in den Kolonien trug durch die bauliche Anlage - die Häuser waren typisiert und meist zeilenmäßig aufgereiht, jedoch mit eigenen Hauseingängen ausgestattet - zu einer guten kommunikations- und gemeinschaftsoffenen Sozialstruktur bei: „gemeinsame Gartenarbeit, der halb-öffentliche, halb-private Weg zwischen Haus und Stall bzw. Abort, der Schutz eines Eigenbereichs im Rahmen einer dichten Nachbarschaft. Auf lange Sicht bewirkten diese Kolonien das Gegenteil industriepatriarchalischer Absichten: ihre Bewohner haben sie sich angeeignet, anstatt sich ihr Bewußtsein enteignen zu lassen.“ (Brüggemeier/Niethammer 1978, S. 174) Wohnen in homogenen Nachbarschaften ermöglichte die Bildung und Vertiefung informeller Solidarstrukturen, die im formellen Arbeitsbereich nicht selten ihre Fortsetzung fanden.

Das konzertierte Reagieren auf den raschen Bevölkerungszuwachs manifestierte sich auf strukturaler Ebene mit dem Zusammenschluß „der vier vom Bergbau erfaßten Nachbargemeinden Hückelhoven, Ratheim (5.282 Einwohner), Hilfarth (1.866 Einwohner) und teilweise Kleingladbach (1.132 Einwohner) zur Gemeinde Hückelhoven. Die neue Bergbaugemeinde, die sich bald gerne ‘Großgemeinde’ nannte, zählte 13.307 Einwohner.“ (Krings 1974, S. 148) Hückelhoven wuchs in der Folgezeit durch die Akkumulation der Funktionen Verwaltung, Wirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen, Konsum und Kultur zu einem regionalen Mittelzentrum heran. Deutlich erhalten blieb der Typus einer Bergbaugemeinde. Die eilig vorangetriebenen Bauprojekte ließen den Umbau oder Ausbau des alten Baubestandes in den bäuerlichen Ortskernen nicht zu, so daß die Bergmannssiedlungen peripher plaziert wurden, sich um den verstädterten Kern gruppierten. Die Umwandlung agrarisch genutzter Fluren in Wohn- und Betriebsflächen, sowie infrastrukturelle Erschließungen, ließen die Gemeinden zusammenwachsen.

Die Parallelität von Bevölkerungswachstum in Hückelhoven und der angestiegene Arbeitskräftebedarf der Zeche Sophia-Jacoba dokumentierte früh eine *symbiotische Beziehung* von Kommune und Bergbauunternehmen. Der wirtschaftliche Aufschwung der Grube brachte gleichzeitig positive Resonanzen für die kommunale Entwicklung der Gemeinde Hückelhoven, die 1969 Stadtrechte verliehen bekam und sich vom Selbstverständnis her als gewachsene Bergbaustadt begriff.

3.2.2.2.3. Neudefinitionen

3.2.2.2.3.1. Rückbau

Das großindustrielle Raumbild Zeche besaß plötzlich keine Gültigkeit mehr. Als Reaktion versuchen Vertreter der Stadt Hückelhoven vehement dem drohenden Image einer ‘sterbenden Zechenstadt’ zu begegnen, indem intensiv die Ansiedlung neuer Industrien betrieben wird. Ein Arbeitskreis ‘Stadtmarketing Hückelhoven’ bildete sich mit der Zielvorgabe, den Wirtschaftsstandort

Hückelhoven zu erhalten und zu entwickeln. Offenbar soll das Kapitel 'Bergbau' (zu) schnell geschlossen werden.

Die Beschäftigten der Zeche hatten im Kampf um ihre Arbeitsplätze noch einmal die Solidarität ihres Berufsstandes beschworen. Diese Zugehörigkeit hatte sich entwickelt aus den frühen Kameradschaften *unter Tage*. „Der handwerkliche Charakter der Kohlegewinnung erlaubte es, die Verantwortung nach unten zu delegieren und sowohl die Kohlegewinnung als auch die Ausbildung und die Organisation des Arbeitsablaufes weitgehend den Gedingen zu überlassen, die selbständige Produktionseinheiten bildeten." (Brüggemeier 1985, S. 275) Die formellen Gegebenheiten förderten Kameradschaften, die gleichwohl fest eingebunden waren in die strenge Hierarchie des Unternehmens. Tenfelde (1977) macht in der damaligen betrieblichen Struktur Ansätze patriarchalischer Menschenführung aus. Innerhalb dieser frühen Erfahrungen der Gemeinsamkeit mag grundgelegt sein, was spezifisches Standesbewußtsein entstehen ließ. Denn Paradekittel und Bergmannskapelle können nur oberflächlich dieser Gemeinschaftspflege Ausdruck verleihen. „Das hohe Niveau ältester bergmännischer Sakralkultur, der Reichtum der überlieferten Formenwelt in Sage und Gesang, die vielfältigen, auch literarischen Traditionen dieses alten Berufs - kurz, das gesamte bergbauliche Kulturgut Mitteleuropas ... drückt diese Tendenz zur Verinnerlichung und Mythisierung des Arbeitsplatzes mit seinen Gefahren aus." (S. 127) Deshalb, *Kumpel* halten zusammen, betrachten sich mit Stolz als Teil des bedeutenden regionalen Unternehmens „Sophia Jacoba". Obwohl die Zeche seit ihrer Gründung nach technokratischen Gesichtspunkten sachlich-rationale Ziele anstrebte (Effizienzorientierung, lineare hierarchische Strukturen),[259] entwickelte sich bald ein Konglomerat von formellen und informellen Anteilen zu einer Organisationskultur, die eine Integration von Beschäftigten von außerhalb - später ab den sechziger Jahren der 'Gastarbeiter' (zumeist türkische Mitbürger) - relativ unkompliziert ermöglichte.

Dieser Prozeß konnte im kommunalen Zusammenleben keine Entsprechung finden. Hückelhoven bildet insofern keine Ausnahme. Die Lebenssituation

[259] Vgl. u.a. Gomez/Zimmermann 1993, S. 40 ff.

türkischer Familien ist noch immer durch Seperationsphänomene gekennzeichnet. Gerade diese Arbeitnehmergruppe trifft das schicksalhafte Ende der Zeche besonders hart. Viele sind zielgerichtet auf die Bedürfnisse der Grube hin ausgebildet worden (1990: 60 % der Belegschaft sind gelernte Bergleute). Diese berufliche Spezialisierung greift jedoch nicht in das Anforderungsprofil des regionalen Arbeitsmarktes. Die Prognose der Arbeitsverwaltung Aachen fällt entsprechend negativ aus: „Die Schließung der Zeche Sophia-Jacoba in 1997 wird ein Großereignis sein, das sich auf den Arbeitsmarkt gravierend auswirken wird.“ (HS-Woche, 31.05.95)

Am Freitag (28.11.1997) ging die letzte Seilfahrt zu Ende. Um 11.20 Uhr verließen die Bergleute den Förderkorb im Schacht IV. Hohe Abraumhalden dominieren weiterhin das Weichbild der Bergbaustätte. Die raumbestimmenden Merkmale der Zechenanlage mit ihren gewaltigen Ausmaßen überdauern die Beendigung der aktiven Zeitspanne. Noch vermag man angesichts der modernen und intakten industriellen Infrastruktur des Komplexes nicht wirklich nachzuvollziehen, daß die Bergbauepoche unwiderbringlich ein Ende gefunden hat. Die unmittelbare Wahrnehmung hält an den gewohnten Eindrücken fest. Eine Schüttung von 90.000 Kubikmetern Beton und Sand wird die Schächte für immer versiegeln und unspektakulär irreversible Tatsachen schaffen. Für Betroffene beginnen sich bereits Erinnerungsstrukturen herauszubilden. Die Zechenanlage wandelt sich sukzessive zu einem ‘omnipräsenten Ort’ der Erinnerung. „Es ist ein Unterschied, ob man sich an etwas (jemand) oder an einen Ort erinnert. Man findet den Ort nicht *im* Anderen selbst, sondern *bei* ihm. Man muß *aufgenommen* werden von diesem Anderen, das gleichsam auseinander- oder beiseite rückt, um einem Platz zu geben.“ (Otto 1992, S. 22)

3.2.2.2.3.2. Zukunftsprojektionen

Dieses Szenario des Abschieds soll schon bald eine *Umdeutung* erfahren. Die Zerstörung des alten Raumbildes „erscheint wie eine Reinigung, hinter der ein neues Leben winkt.“ (Ipsen 1997, S. 57) Das Areal der Zechenanlage wird sich in naher Zukunft - so ist Meldungen der Lokalpresse zu entnehmen - in ein großes Handelszentrum verwandeln. Die Botschaft lautet: Der Alptraum ist ausgeträumt, neue Hoffnung ist berechtigt! Als Restaurierungsmaßnahme zielt das Konzept auf eine zukunftsgerichtete Revitalisierung der Kommune. „Zunächst 60 bis 70 Läden, 15.000 Quadratmeter Verkaufsfläche, Arbeitsplätze für 300 Menschen und 60 bis 70 Millionen Mark Investitionsvolumen. Das sind einige der Stichworte für ein Projekt, das Hückelhoven in eine neue Welt führen soll.“ (AZ, 8.11.97) Tristesse oblige - ein fragiler Hauch von Aufbruch und Aufschwung liegt über Hückelhoven. Die märchenhafte Zukunftsvision einer schönen, neuen Welt ist so alt wie die Menschheit, die sich aus den Trümmern der Vergangenheit erheben und das Überwundene an Glanz und Schönheit weit übertreffen soll. Hier heißt der Vogel Phönix ‘Factory-Outlet-Center’, das täglich bis zu 5.000 Menschen in seinen Bann ziehen soll. Aber nicht alle Märchen haben freilich ein ‘Happy-end’. Und schon mehren sich Stimmen, die dem gigantischen Projekt kritisch gegenüber stehen und wirtschaftswunderliche Abwege erahnen.

Exkurs I: Es ist wohl der Strukturwandel, der überall verwandte Entwicklungsmuster protegiert. Analoge Landschaften entstehen nicht zufällig.
Ein Blick über den Kanal in das britische Kohlerevier Birmingham, Manchester und Sheffield vermag - so weithergeholt es zunächst klingt - womöglich die Entwicklungsbestrebungen in Hückelhoven ein wenig aufzuhellen. Dort nämlich nahm sich der Architekt Edwin D. Haley den entstandenen Industriebrachen an. Gemäß seinem Grundsatz, daß endlich ein Ende gesetzt werden müsse mit der Herrschaft der Geographie über den Menschen, wandelte er die industrielle Topographie gründlich um. 1990 ließ er auf dem Areal "aus red bricks, Marmor, Chrom und Glas ein Einkaufszentrum bauen, wie es die Stadt noch nicht gesehen hatte: 'Meadowhall'."[260] (Smoltczyk 1998, S. 82) Das Konzept konnte die Stadtplaner von Oberhausen überzeugen, die

[260]Siehe hierzu nach Möglichkeit Peter Cattaneos Film: „The Full Monty“.

den Engländer bewogen, das CentrO - bei Fertigstellung größtes Einkaufs- und Erlebniszentrum Europas - zu realisieren. Die "polyvalente Fertiglandschaft" (S. 86) definiert Oberhausen neu. "Alles ist möglich in dieser Landschaft. ... Das CentrO liefert Bilder wie im Fernsehen, Doubletten von Doubletten von Erfahrungen. ... Nur begehbar. Es macht müde, aber nicht satt." (S. 86) Oberhausen hat einen neuen Identifikationskern. Doch dürfte es für die Ortsansässigen keine leichte Aufgabe sein zu akzeptieren, daß ihre Industriestadt zu einer Tourismusattraktion umfunktioniert wurde.

Diese Idee des vollkommen anderen Landschaftsentwurfs leitet - so meine Schlußfolgerung - ebenso die geplante 'Transplantation' eines riesigen Einkaufszentrums nach Hückelhoven. Parallel zur Umdefinition des Ortes projektiert dieses gestylte, fertiglandschaftliche Raumbild die Kulisse für eine realisierbare Utopie des Neuen. Das überdimensionierte und regionalübergreifende Projekt versinnbildlicht den Abschied von den Beschränkungen der Provinz. Ein Monument ist in der Planung, das den Platz des überkommenen, großindustriellen Komplexes umfunktionalisieren soll. Zur Verwirklichung ist es allerdings geboten, genau diese Faktizität des alten Zechenstandortes zu zerstören. Während bisherige Aktivitäten das Wegräumen, Ausräumen und Verfüllen heimlich, schnell und gleichsam über Nacht geschahen, gilt es nun ein deutliches für alle wahrnehmbares Zeichen zu setzen. Es wird dinglich.

Mit der Sprengung der beiden Fördertürme gehören die letzten großen Wahrzeichen des Bergbaus im Aachener Revier der Vergangenheit an. Ipsen (1997, S. 58) vermutet neben den oftmals vorgeschobenen Kostengründen häufig weitergehende Motive, wenn Symbole alter Raumbilder zerstört werden. „Die Anhänger eines neuen Entwicklungskonzeptes werden also den Versuch unternehmen, möglichst an einem zentralen Ort das alte Raumbild zu zerstören, um 'ihr' neues Raumbild aufzubauen, da die Wirkung einer gelungenen Zerstörung dann unvergleichlich größer ist, als wäre es 'irgendwo' geschehen." Eine kulturelle Umdefinition fordert Widerstände ein, so auch in diesem Falle. Von verschiedenen Seiten wird die besondere Bedeutung des Bauwerkes hervorgehoben. Doch genau diese symbolische Wirkmächtigkeit der Türme drückt und hemmt speziell die Einsichtsfähigkeit derjenigen, die ein Interesse haben, alte Bilder zu zerstören und neue Bilder durchzusetzen.

Die Türme, die weithin im Rurtal sichtbar waren, gehörten zu den herausragenden Wahrzeichen industrieller Architektur im Kreis Heinsberg. Architektonisch bedeutsam ist die moderne Zentralschachtanlage mit den 1959 fertiggestellten 67m hohen Zwillingstürmen IV und VI/HK auch im internationalen Maßstab. Eine Stahlummantelung umschließt jeweils hufeisenförmig Förderrad und Stahlgerüst, ein für diese Zeit aufsehenerregendes Konzept. Obwohl der Entwurf sich an der Formensprache und den funktionalen Purismus der klassischen Moderne orientiert, erfüllt er gleichbedeutend eine Imagefunktion. Auf semantischer Ebene signalisiert das gestaltete Objektdesign Raumdominanz und damit technisches Empowerment.
Ihr Erbauer (Professor Fritz Schüpp) war bestrebt, neben dem funktionalen Aspekt, das ästhetische Zeitempfinden der 60er Jahre in diesem Bauprojekt nachzuempfinden. „Ich bin glücklich über diesen Bau, weil ich glaube, daß etwas ganz besonders von ihr (der Zechenanlage, A.F.) ausgeht“ (Schüpp zitiert aus EN, 10.07.98). Erstmals in der Förderturm-Architektur wurde der Betonbau zum ästhetischen Gegenspieler des Stahlbaus. In der Tat wurde damals die modernste Zentralschachtanlage Europas verwirklicht.

Exkurs II: Der historische Augenblick dauerte buchstäblich nur einen Paukenschlag lang. Am 9.07.1998 wurde die Schachtanlage IV gesprengt. Denkmalpfleger hatten sich zuvor vergeblich für den Erhalt des *hochrangigen Industriedenkmals* - durch Gutachten attestiert - ausgesprochen. Die vorbereitenden Arbeiten zur Sprengung hatten bereits im Mai 1998 begonnen. Eine kurze Pressenotiz machte damals die Abrißpläne publik: „Sie sind ein weithin sichtbares Zeichen von Ratheim. Doch keiner weiß mit ihnen etwas anzufangen nach Zechenschließung. Deshalb sollen sie aus Kostengründen weichen.“ (HS-Woche, 6.05.1998)
Nur wenige Wochen vergingen und damit viel zu wenig Zeit, um sich das angekündigte Ereignis zu vergegenwärtigen und zu diskutieren und 80 Kilogramm Sprengstoff wandelten den Turm zu Schutt und Staub. Das Ereignis wurde als *Volksfest* in Szene gesetzt, der nahe öffentliche Raum in eine Bühne verwandelt. Neben einigen hundert Zuschauern verfolgte eine Schar

geladener Gäste das Schauspiel. Die mediengerechte Choreographie der Darbietung sollte kreisweit und via televisionärer Berichterstattung sogar landesweit ein deutliches Zeichen setzen für eine befreite Zukunft Hückelhovens - ohne die Altlast der 'gestorbenen' Zeche. Die Idee des kontinuierlichen Fortschritts proklamiert der SJ-Geschäftsführer eindringlich in seiner Festtagsrede, anknüpfend an immerwährende Wahrheiten, die vermeintlich alle Mittel heiligen: "Alles hat seine Zeit unter dem Himmel, eine Zeit zum Pflanzen, eine Zeit zum Ernten, eine Zeit zum Niederreißen und eine Zeit zum Bauen, eine Zeit für die Klage und eine Zeit für den Tanz. ... Ich meine, die 'Zeit für die Klage' ist vorbei. Wir müssen den Blick nach vorne richten." (EN, 10.07.98) Mit seiner ans schicksalhafte anlehnenden Wortwahl markiert er die Zäsur. Wie alle rhetorischen Bilder ist auch dieses ungenau. Die überspannte Metapher, die Beschwörung des gemeinsamen Schicksals in Predigermanier kann das historisch Gewachsene nicht einfach tilgen und übertünschen. Unter dem Vorwand, dies entspreche den Erwartungen der sogenannten 'einfachen Menschen' werden auch in diesem Fall genau jene vereinfachenden Denkweisen aufgetischt, die man den Zuhörern unterstellt. Das Bestreben, alles immer ganz einfach zu machen und die Mehrdeutigkeit einer historischen Wirklichkeit auf die beruhigenden Dichotomien des manichäischen Denkens zu reduzieren, war schon immer und überall typisch für eine reaktionäre Weltsicht. Auch hier konstituiert sich offensichtlich das Gegensatzpaar zwischen der weitsichtigen Perspektive einer aufgeklärten Elite und den kurzsichtigen Beweggründen der Bevölkerung. "40 Jahre Geschichte dahin in kaum 40 Sekunden." (RP, 10.07.98) Die Prognose - "bald werde kaum noch etwas an den Bergbau und an Sophia-Jakoba erinnern. Ein interkommunaler Industriepark werde entstehen" (EN, 10.07.98) erweist sich da als doppelbödige Tautologie.

Unterschiedliche Wahrnehmungen der Zechenschließung spiegeln sich entsprechend in den Schlagzeilen der lokalen Tagespresse: "Der Schmerz hielt sich in Grenzen: Das Alte muß dem Neuen weichen" (RP, 10.07.98); "Ein 'Leuchtturm' weicht dem Industriepark" (Super Sonntag, 12.07.98) und "Wir haben ein Stück Heimat verloren." (EN, 10.07.98) Die Sprengung manisfestiert - unter welchem Betrachtungswinkel auch immer - die radikalste Form der Veränderung. Unter der Wucht der Detonation ist das Gefüge des Realen ins Wanken geraten.

Wieder ist das Brüllen der Vielen da draußen zu vernehmen, während drinnen im Festzelt die Geladenen sich nach der Zeremonie beglückwünschen und die Mission des Neuen feiern. Die Parole der Zukunft lautet *Veränderung* - Entwertung des Gestern und Heute inbegriffen. In diesem unerschütterlichen Optimismus, der am Gleichheitszeichen festhält, das zwischen Fortschrittsgläubigkeit und gesundem Menschenverstand gestellt wird, drückt sich die Kraft des Determinismus aus. Entschlossen gestalten, nicht vom Absoluten ins Relative zurückfallen, nur nicht die Zukunft an eine Haltung der Übereinkommen und Kompromisse verraten, lautet das Credo der Radikalität des Machens. Bedenken werden mit nachlässiger Geste unter Verweis auf die Trumpfkarte der Rentabilität hinweggefegt. Für das Machbare und Notwendige gibt es für die Repräsentanten der betroffenen Bevölkerung keine objektiven Beschränkungen, sondern nur subjektive und damit aufhebbare Widerstände. Die ersatzlose Streichung und Negierung der ehedem deutlich spürbaren Identifikationskraft ist evident: die demoralisierende Wirkung der Zerstörung der markanten Architektur, die Schaffung und Herstellung eines topographischen Zustandes als sei überhaupt nichts gewesen, kein alle Blicke fesselndes industrielles Objekt. Die Headline der AZ mit Aufmacherqualität vom 10.07.98 - „Bergbausymbol in die Knie gezwungen“ - gibt dieser Dynamik lakonisch Ausdruck.

Der Rückbau des Zechengeländes zu einem *imaginären Territorium* vollzieht sich mit forciertem Tempo, viel zu schnell für die Trauerarbeit der *freigesetzten Kumpel*. Ihnen wird ein naives Akzeptieren des nunmehr neuen Sichtbaren zugemutet. Es bleibt nur die Sicherung durch Erinnerung. Viele sprachen sich für eine Sanierung des Zechenkomplexes aus. Sie hatten nicht mitreden dürfen. So auch die Mitglieder des Vereins der Bergbau- und Mineralienfreunde Hückelhoven, die sich auf ihre Fahnen geschrieben haben, wenigstens den Zwillingsturm VI als artifizielle Marke zu retten. Im Verbund mit Denkmalschützern und der Bevölkerung, deren Mandat mittels Unterschriftensammlungen eingeholt wurde, formierte sich Widerstand.[261] Dem Begehren gegenüber stehen die Sachargumente der kommunalen Verwaltung, die in einer Nutzungsbilanz die Kosten zur Unterhaltung des Industriedenkmals auf ca. 250.000 DM jährlich veranschlagte.

Vor der symbolisch aufgeladenen Wendemarke des 21. Jahrhunderts sollte sich ein Stadtpanorama darbieten, das freigeräumt und gesprengt ist vom Ballast der nahezu hundertjährigen Zechendominanz. Seinerzeit war die Förderanlage errichtet worden im Rahmen des Projektes „Sophia - Jacoba 2002“. Für das neue Projekt des ‘interkommunalen Industrieparks’ - was immer sich hinter dem Wortgetüm verbirgt - und dessen Entstehungskosten auf 25 bis 30 Millionen DM geschätzt werden, wagt heute anscheinend niemand ein Verfallsdatum zu benennen.

---

[261] Nachtrag: Am Donnerstag (3.12.1998) wurde auch der zweite Förderturm gesprengt. „Anders als bei der Sprengung des Förderturms an Schacht IV waren die Reaktionen der Zuschauer eher verhalten - keine Tränen, keine ohnmächtigen Aufschreie. Alle wußten: Trotz zahlreicher Unterschriften, die der Arbeitskreis ‘Pro Schacht VI’ noch im Sommer gesammelt hatte, war das Aus nicht mehr aufzuhalten.“ (Super Sonntag, 6.12.1998)